

Elisabeth Jeggler

Ihre Stimme in Europa



Infobrief aus Straßburg

1. - 5. Juli 2013

Kroatien-Beitritt: Stabilität Europas hat oberste Priorität

Mit gemischten Gefühlen habe ich den offiziellen Beitritt Kroatiens zur EU am 1. Juli verfolgt. Die kleine Adriarepublik ist heute das zweite Land des ehemaligen Jugoslawiens, das Teil der EU wird. Ich gratuliere den 4,4 Millionen Kroatinnen und Kroaten zu dem Beitritt als 28. Mitglied: Ihr Land hat in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen und ist heute besser vorbereitet auf die Europäische Union als manch anderes Land es bei seinem Beitritt war. Begrüßenswert ist die Aufnahme Kroatiens auch für den baden-württembergischen Mittelstand, für den ein bereits heute wichtiger Markt noch näher und offener wird.

Für Kroatien gilt es nun, von seiner Mitgliedschaft zu profitieren, aber umso mehr jene

Mängel zu beheben, die zweifelsohne noch bestehen. Dies gilt teils für die Reform seines Arbeitsmarktes und seiner Wirtschaft, vor allem aber mit Blick auf Rechtssicherheit und Korruption. Es ist nicht akzeptabel, dass sich der EU-Neuling einer Auslieferung des ehemaligen kroatischen Geheimdienstfunktionärs Josip Perkovic - wohl bemerkt gemäß



europäischem Haftbefehl - erachte es als wichtig, von Problemen anderer Mitgliedstaaten lernt, um den direkten Weg in die Rechtsstaatlichkeit zu suchen.

Quelle: Europäisches Parlament

verweigert. Ich dass Kroatien

Trotz aller Vorteile, die der Beitritt Kroatiens der europäischen Gemeinschaft bringen mag, möchte ich erneut betonen, dass sich die EU angesichts der Krise aktuell nicht auf Erweiterung, sondern zuerst auf die eigenen, bestehenden Probleme konzentrieren sollte. Die Überwindung der Staatsschuldenkrise und die Konsolidierung der europäischen Wirtschaft sollten jeder Vergrößerung der EU vorausgehen. Dies gilt vor allem mit Blick auf Serbien, dessen Beitrittsverhandlungen nach einem aktuellen

Ratsbeschluss im Januar 2014 beginnen sollen. Zusätzliche Informationen finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament schmettert jährlichen TÜV ab

Positiv aufgenommen habe ich das Abstimmungsergebnis über neue Rahmenbedingungen zur technischen Wartung von Kraftfahrzeugen. Die Christdemokraten im Parlament konnten dabei entgegen des Kommissionsvorschlags bei einem Fahrzeugalter von sechs Jahren eine Untersuchung alle zwei Jahre durchsetzen. Aus Gründen der Verkehrssicherheit hatte EU-Verkehrskommissar Siim Kallas in dessen Erstvorschlag eine jährliche Wartung bei Fahrzeugen ab sechs Jahren vorgesehen.

Die neue Rahmenregelung soll EU-weit einheitliche und damit vergleichbare TÜV-



Kontrollen ermöglichen. Gerade für die deutschen Autofahrer hätte der Kommissionsvorschlag ein unnötiges Mehr an Kosten und Bürokratie bedeutet. Nun ändert sich für Deutschland nichts. Es bleibt also dabei, die erste Hauptuntersuchung ist bereits drei Jahre nach der Erstzulassung fällig sowie anschließend alle zwei Jahre. Da im Falle von Motorrädern noch nicht in allen Mitgliedstaaten gesetzliche TÜV-Kontrollen

Quelle: Europäisches Parlament

gelten, soll nun auch hier eine einheitliche europäische Regelung

her. Die finale Ausgestaltung der Verordnung ergibt sich aus den anstehenden Verhandlungen mit dem Rat. Mehr zum Thema finden Sie [hier](#).

Planungssicherheit und ein Budget für dringende Probleme

Am gestrigen Mittwoch bestätigte das Europäische Parlament mit großer Mehrheit den in der letzten Woche ausgehandelten Kompromiss zwischen Rat und Europaparlament zum Mehrjährigen EU-Finanzrahmen von 2014-2020. In Zeiten knapper Kassen muss auch die EU sparen. Insofern erachte ich den erreichten Kompromiss als vertretbar und ich freue mich, dass nun rasch EU-Mittel für die ab 2014 geplanten notwendigen Programme, wie etwa für den Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und für die Ankurbelung der Wirtschaft in den Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen. Die Zahlungen aus den Mitgliedstaaten betragen demnach 908 Mrd. EUR in Zahlungen und 960 Mrd. EUR in Verpflichtungen und können zwischen 2014 und 2020 voll ausgeschöpft werden. Nähere Informationen finden Sie [hier](#).

Europäischer Mobilfunk europaweit günstiger

Die mobile Internetnutzung mit Smartphones oder Handys ist gemäß der 2012 zwischen Europaparlament und Rat ausgehandelten Regelung seit dem 1. Juli 2013 noch etwas günstiger geworden. Vor allem dank des hartnäckigen Verhandels des

Europäischen Parlaments konnten vor allem bei den Tarifobergrenzen für die Mobilfunknutzung im EU-Ausland (Roaming) zügige schrittweise Senkungen durchgesetzt und mehr Wettbewerb in den Markt gebracht werden. Insbesondere die Tarife mobiler Datendownloads waren im EU-Ausland unverhältnismäßig hoch und sanken jetzt um 25 Cent pro Megabyte auf 0,45 €/MB (immer zzgl. Mehrwertsteuer). Eine SMS aus einem anderen EU-Land darf nun noch lediglich 8 Cent kosten und die Gesprächstarife für angenommene Telefonate sinken auf nur noch 7 Cent pro Minute und für einen selbst getätigten Anruf auf 24 Cent. Weiter freue ich mich darüber, dass die EU-Kommission ein Ende der Roaming-Gebühren bis 2015 anstrebt. Außerdem möchte die zuständige EU-Kommissarin Neelie Kroes bis Ostern 2014 eine Angleichung zwischen In- und Auslandstarifen innerhalb der EU erreichen.

Zwei Jahre EU-Freihandel mit Südkorea - sichert auch Arbeitsplätze in Deutschland

Nachdem die EU und Südkorea am 1. Juli 2011 ein Handelsabkommen zur Intensivierung des beiderseitigen Handels geschlossen hatten, hat sich die Republik Korea mittlerweile zu einem der wichtigsten Handelspartner der EU im asiatischen Raum entwickelt. Während die EU-Exporte nach Südkorea im Jahre 2012 um 16,2 Prozent angewachsen sind, stiegen die südkoreanischen Importe in die EU im gleichen Zeitraum um 4,7 Prozent. Die deutschen Ausfuhren nach Korea stiegen nach



Quelle: Europäisches Parlament

Abschluss des Abkommens um 13,4% deutlich an und Südkorea, welches aus Deutschland hauptsächlich Maschinen, chemische- und landwirtschaftliche Produkte sowie Dienstleistungen importiert, ist für

Deutschland nach der Volksrepublik China und Japan, und noch vor Indien, der dritt wichtigste Absatzmarkt in Asien. Deutschland bleibt für Südkorea der wichtigste europäische Handelspartner.

Für die nächsten Jahre legt das Abkommen einen fast vollständigen Abbau von Handelshemmnissen im tarifären und nichttarifären Bereich fest. Ich freue mich, dass dieses Abkommen Vorteile für beide Seiten mit sich bringt und wir unsere Präsenz auf dem asiatischen Markt, gerade auch im Hinblick auf die deutsche Exportwirtschaft, damit weiter steigern konnten. Gerade in unserer deutschen Exportindustrie trägt es zu Sicherung von Arbeitsplätzen bei. Näheres hierzu finden Sie [hier](#).

Emissionshandel: Schlingerkurs zerstört Vertrauen

Nachdem sich das Europaparlament im April 2013 noch gegen einen Eingriff in das EU-Emissionshandelssystem ausgesprochen hatte, haben sich beim erneuten Anlauf gestern die Befürworter des so genannten "Backloadings" und damit einer Verknappung des Angebots an Emissionshandelszertifikaten über einen befristeten Zeitraum durchgesetzt. Man versucht so, das Angebot an Zertifikaten temporär zu verknappen, um den sich am Boden liegenden Preis wieder zu heben. Der EU-Emissionshandel ist ein marktwirtschaftliches Instrument der EU-Klimapolitik mit dem Ziel, die Treibhausgasemissionen zu senken. Bis 2020 sollen so die EU-weiten Emissionen um 20 Prozent gesenkt werden. Diese Entscheidung ist aus meiner Sicht

völlig nutzlos, denn erstens steigert der Eingriff in den Emissionshandelsmarkt den



Zertifikatspreis von aktuell drei auf höchstens vier Euro und zweitens zerstört man so genau das, was einen solchen Markt ausmacht, nämlich das Vertrauen in einen Marktmechanismus. Wir haben Symbolpolitik beschlossen und Glaubwürdigkeit verspielt und darüber hinaus den betroffenen Industrien große Unsicherheit beschert. Die strukturellen

Quelle: Europäisches Parlament

Probleme des Emissionshandels löst er hingegen nicht. Im Interesse eines jeden

Einzelnen können und müssen die EU-Klimaziele erreicht werden, mit oder ohne Backloading. Näheres zur Thematik finden Sie [hier](#).



mit herzlichen Grüßen
Elisabeth Jeggle

Elisabeth Jeggle MdEP

Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Anschrift Europäisches Parlament

Europäisches Parlament
Rue Wiertz – ASP 10E 209
B-1047 Brüssel

Tel. 0032 - 2 - 284 5351

Fax 0032 - 2 - 284 9351

elisabeth.jeggle@europarl.europa.eu

Anschrift Europabüro

Elisabeth Jeggle
Bahnhofstr. 8
D-88250 Weingarten

Tel. 0751 - 560 92 530

Fax 0751 - 560 92 550

kontakt@euroegggle.de

**Elisabeth Jeggle,
Mitglied des Europäischen Parlaments**